



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/140

18. November 1948

Brüsseler Vertrag und Atlantischer Pakt

Von Dr. G. Luetkens, Hannover

Über einen Atlantischen Verteidigungspakt werden demnächst Verhandlungen zwischen den Teilnehmern am Brüsseler Vertrag einerseits, den Vereinigten Staaten und Kanada andererseits beginnen. Im weltpolitischen Spiel wird diesem Pakt große Bedeutung zukommen.

Im Brüsseler Vertrag vom vergangenen März verpflichteten sich Großbritannien, Frankreich, Holland, Belgien und Luxemburg für 50 Jahre zu gegenseitiger militärischer Hilfeleistung wie auch zur Kooperation auf wirtschaftlichem Feld. Sie nahmen in Aussicht, durch Steigerung des Warenaustausches und Abetimmung ihrer Produktionsprogramme sich wirtschaftlich näherzurücken. Es war damals schon klar, daß diese wirtschaftlichen Bestrebungen sich in dem größten Rahmen des mit amerikanischer Hilfe durchzuführenden europäischen Aufbauprogramms einzupassen haben würden.

Der eigentliche Schwerpunkt des Brüsseler Vertrages lag allerdings in seinen militärischen Klauseln. Er ist ein eigentliches Bündnisvertragswerk. Man verpflichtete sich zu automatischer gegenseitiger Hilfeleistung im Falle eines bewaffneten Angriffes. Dabei ist nicht nur an eine Bedrohung des Gebietes der Teilnehmerstaaten gedacht. Die Hilfeleistung hat bei einem Angriff "in Europa" einzusetzen, was dahin zu verstehen sein dürfte, daß die Bedrohung wichtiger politischer Interessen dieser Staaten in Europa überhaupt genügen soll, das Bündnis wirksam werden zu lassen. Alle um der Anlässe für gemeinsame Aktion wird eine erneuerte Angriffsbewertung seitens Deutschlands aufgeführt. Aber, und das war die Schwäche gegenüber dem früheren britisch-französischen Bündnis, jede Bedrohung in Europa, von wem immer, gilt als Bündnisfall.

So war es der politische Sinn des Vertrages, den Kern einer Verteidigungsorganisation gegen eine etwaige Bedrohung durch die Sowjetunion zu schaffen. Deshalb geben Belgien und auch Ho. Land ihre Neutralität auf, deshalb ging zum ersten Male in seiner Geschichte England eine automatische Bündnisverpflichtung auf dem europäischen Kontinent ein. Damit ist auch die realpolitische Schwäche des Vertrages angedeutet. Die Brüsseler Kombination ist offensichtlich nicht ausreichend, um Europa gegen eine ernsthafte

militärische Aggression zu verteidigen. Der Ausgang des letzten Weltkrieges hat eine Lage geschaffen, in der es sehr schwierig ist, gegen eine Bedrohung von Osten her die Verteidigung West- und Mitteleuropas zu organisieren. Der in Brüssel vorgesehene Beitritt weiterer Staaten Kontinentaleuropas hat keine Folgen gehabt. Andere Staaten arbeiten nur im Rahmen des Marshall-Planes, und also vorwiegend zwecks gemeinsamen wirtschaftlichen Aufbaues, zusammen.

Die bevorstehende Verknüpfung des Brüsseler Bündnisses mit Nordamerika durch den Atlantischen Pakt wird der gesamten Kombination ausreichendes Gewicht für eine erfolgreiche Verteidigung gegen jeden denkbaren Angriff geben. Es wird aber eine Gruppierung sein, die nicht im europäischen Raum konzentriert ist.

Wie der Pakt im einzelnen aussehen wird, bleibt abzuwarten. Jedoch lassen sich einige Voraussagen machen. Die Vereinigten Staaten und Kanada werden sich nicht zu automatisch einsetzender militärischer Hilfe verpflichten. Es wird kein Bündnis im strengen Sinne werden. Die Verfassungen beider amerikanischer Teilnehmer behalten das Recht zur Kriegserklärung ihren Volksvertretungen vor; die demokratische Kontrolle der Außenpolitik werden sie nicht aufgeben. Die Beistandsverpflichtung gegenüber den westeuropäischen Teilnehmern wird nur nach vorheriger Prüfung der Umstände eintreten können.

Das Muster wird eher der Beistandspakt sein, welchen die Vereinigten Staaten mit den lateinamerikanischen in Rio abschlossen. Er garantiert die Sicherheit durch Zusicherung gegenseitiger Hilfeleistung, macht sie aber von vorherigen Beratungen abhängig. Die Anführung des Rio-Paktes mag hier dazu dienen, um klarzumachen, daß der Atlantische Pakt zusammen mit dem Rio-Pakt gesehen werden sollte als ein Sicherheitssystem, das mit den Vereinigten Staaten als Keimzentrum alle Küsten des Atlantischen Ozeans umgreifen wird. Die entscheidende Sicherung für die europäischen Länder wird dabei darin liegen, daß sie ihre Wirtschaften mit aktiver amerikanischer Beihilfe neu aufbauen, und daß amerikanische Truppen in Europa an Ort und Stelle sind.

Frankreich erstrebt jetzt wieder automatische Hilfeleistung seitens Amerikas. Es steht zu hoffen, daß die eben angeführten Tatsachen zusammen mit einer auf 50 Jahre gedachten Rückendeckung Frankreich doch das Gefühl geben, der Atlantische Pakt werde ihm auch gegen die doch wohl etwas übertriebene deutsche Gefahr genügend Sicherheit bieten.

Der Prozess der Mrs. Braddock

Von einem Londoner Mitarbeiter

Mrs. Braddock ist Mitglied des Unterhauses für Liverpool und Abgeordnete der Labour Party. Sie sah sich veranlasst, gegen das konservative Abendblatt "Bolton Evening News" eine Presseklage einzubringen, weil in einem darin veröffentlichten Bericht behauptet wurde, dass sie im Unterhaus einen "jig" getanzt habe. Ein "jig" ist eine Art Tanz, ausgeführt in schnellen Schritten zu lebhafter Musik. Nun ist natürlich im Unterhaus keine Tanzkapelle, noch ist es üblich, dass dort getanzt wird. Dem deutschen Leser mag es an sich auch höchst unwichtig vorkommen, ob Mrs. Braddock oder sonst jemand im englischen Parlament einen jig tanzt. Die Geschichte hat aber eine Moral und deshalb sei sie hier erzählt.

Es war am Abend des Tages, an dem die Debatte über die Sozialisierung der Transportunternehmen in England, Eisenbahnen, Untergrundbahn, Autobusunternehmen und so weiter, zu Ende gekommen und die Gesetzesvorlage mit der überwältigenden Labour-Mehrheit gegen scharfen Protest der Konservativen angenommen worden war. Die Opposition hatte bis auf wenige Ausnahmen das Haus verlassen und ihre Bänke waren leer. In der übermütigen Laune des hart erworbenen Sieges sahen sich einige Mitglieder der Labour-Majorität, unter ihnen Mrs. Braddock, veranlasst, ihre Plätze zu verlassen und jene der Opposition einzunehmen, um so ihre Überlegenheit zum Ausdruck zu bringen. Während dieses Platzwechsels, der allerdings mit dem parlamentarischen Gepflogenheiten nicht gerade in Einklang stand, soll nun Mrs. Braddock einen "jig" getanzt haben. Sie soll danach sogar den Platz Winston Churchills vorübergehend eingenommen haben.

Die frohe Laune der Mitglieder der Labour Party war durchaus verständlich, zumal sie in der Verwirklichung ihres Wahlprogramms einen Schritt, und zwar einen großen Schritt, weitergekommen waren. Es nahm daher auch im großen und ganzen niemand besonderen Anstoß an ihrem Benehmen, wobei bemerkt werden muß, daß der Vorfall sich im Frühjahr 1947 zutrug. Das erwähnte Abendblatt aber rügte das Benehmen der Mrs. Braddock und stellte die angeführte Behauptung auf. Aus besonderen Gründen verzögerte sich die Einbringung der Klage durch Mrs. Braddock, die sich durch den Kommentar gekränkt fühlte, bis jetzt. Nach einem dreitägigen Prozeß mit einem Aufgebot von Zeugen, hauptsächlich Mitgliedern des Unterhauses, wurde der Prozeß am vorigen Freitag entschieden.

Der verantwortliche Redakteur des geklagten Abendblattes wurde freigesprochen bzw. die Klage wurde abgewiesen. Die Entscheidung wurde von einem besonderen Geschworenengericht gefällt. Mrs. Braddock wurde selbst als Zeugin einvernommen und

18. November 48

der Vorsitzende des Gerichtshofes sagte, dass er an der Wahrheit ihrer Aussage keinen Zweifel hege. Hat nun Mrs. Braddock einen "jig" getanzt oder nicht? Diese Frage wurde nicht gelöst, denn den Geschworenen wurde als einzige Frage vorgelegt, ob die Zeitung in dem Kommentar über die Vorgänge im Unterhaus berechnete und faire Kritik geübt habe. Und dies wurde bejaht. Mrs. Braddock, die eine aufrechte Verfechterin sozialistischer Grundsätze ist, wird eine schwere Kostenrechnung zu bezahlen haben. Die beherzigenswerte Lehre ist jedoch, daß in einem demokratischen Lande wie es England ist, selbst die Gerichte ängstlich über die Würde des Parlamentes als einer demokratischen Institution wachen und keine wie immer geartete und von welcher Seite immer kommende Herabsetzung dieser Würde, auch wenn sie noch so unschuldig sei, zulassen.

Dr. I. H. M.

Ruhrproblem auf der Socinform-Sitzung?

sp. Die Zukunft des Ruhrgebiets steht auf der zum 3. Dezember nach London einberufenen Sitzung des Komitees der Internationalen Sozialisten-Konferenz, des sogenannten Socinform, offiziell nicht zur Debatte. Nach Ansicht maßgebender sozialistischer Kreise in England dürfte die Frage aber doch zur Sprache kommen, da durch den Beschluß der englischen und amerikanischen Militärregierung, die deutsche Kohlen-, Stahl- und Eisenindustrie in deutsche Hände zurückzugeben und die Entscheidung über eine Sozialisierung dieser Grundindustrien dem deutschen Volke zu überlassen, eine neue Situation entstanden ist. Die Labour Party ist als Mitglied der Internationalen Sozialisten-Konferenz auf eine Politik der Sozialisierung dieser drei Industrien und auf die internationale Kontrolle des Ruhrgebiets festgelegt. Man nimmt an, daß es ihr in London nicht leicht fallen wird, die anderen europäischen Sozialisten, vor allem aber die französischen, davon zu überzeugen, daß die Verstaatlichung der drei Grundindustrien in Westdeutschland auf einen späteren Termin verschoben werden kann, während man in England selbst die Verstaatlichung bereits vollzogen hat oder im Begriff ist, dies zu tun. Wahrscheinlich dürften die englischen Sozialisten mit dem Argument operieren, daß man den Amerikanern Konzessionen im Hinblick auf die wirtschaftliche Verschmelzung der englischen und amerikanischen Zone machen mußte und daß auch die Verschiebung der Sozialisierung an der Ruhr keineswegs deren Aufhebung bedeutet.

Pfänder sabotiert

sp. Im Zusammenhang mit der abermals akut gewordenen Krise um Schlange-Schöningen bzw. seinen bevorstehenden Rücktritt vom Amt des Direktors für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Frankfurt ist ein Vorgang interessant, auf den kurz, aber nachdrücklich hingewiesen werden soll.

Vor etwa zehn Tagen hat eine zuständige Stelle der amerikanischen Militärregierung in Frankfurt an Schlange-Schöningen einen Brief gerichtet, in dem angeregt wird, zu der gegenwärtig in Amerika stattfindenden Welternährungskonferenz auch zwei deutsche Sachverständige zu delegieren, die de facto als Vertreter der deutschen Interessen dort auftreten könnten. Man schlug vor, für diesen Zweck zwei Männer "etwa der Art des Ministerialdirektors Pödeyn und des Professors Hanau" zu benennen, wobei Pödeyn als Fachmann für den Ernährungssektor und Prof. Hanau als Produktions-experte gelten sollten. Schon aus dem Wortlaut des Briefes, aber auch aus zusätzlichen Andeutungen war klar, dass an diese beiden genannten Personen selbst gedacht war. Infolgedessen hat Schlange-Schöningen auch beide Herren veranlasst, die Vorbereitungen für die Reise zu treffen und den Amerikanern davon Mitteilung gemacht.

Daraufhin hat nach einer sehr erregten Sitzung in der CDU/CSU-Fraktion Oberdirektor Pfänder die Entsendung Pödeyns verboten. Ganz offenbar ist für diesen Entschluss allein die Tatsache der Zugehörigkeit Pödeyns zur SED massgebend gewesen. Die Reaktion auf amerikanischer Seite war bezeichnend: die verantwortlichen deutschen Stellen müssten ja wissen, was sie zu tun hätten. Formell und de facto werden nun amerikanische Stellen die deutschen Interessen auf der Welternährungskonferenz vertreten. Von der Möglichkeit der Beteiligung eines massgebenden Mannes der deutschen Ernährungsverwaltung ist aus parteipolitischen Gründen Abstand genommen worden.

Angesichts der drohenden Ernährungskrise, auf die General Clay, General Robertson und zuletzt Direktor Schlange-Schöningen vor der breiten Öffentlichkeit hingewiesen haben, ist ein solches Verfahren unverantwortlich. Jede sich bietende Gelegenheit und Möglichkeit, den deutschen Standpunkt von einem erfahrenen und anerkannten deutschen Sachverständigen vor einem massgebenden internationalen Gremium vertreten zu lassen, muss heute wahrgenommen werden. Die Methode, zu der sich hier der Oberdirektor Dr. Pfänder bekannt hat, verstärkt den Eindruck einer wachsenden Hartnäckigkeit gegenüber Entwicklungen, wie sie vor Monaten von der Sozialdemokratie bereits als unumgängliche Folge der Frankfurter Wirtschaftspolitik aufgezeigt wurden und wie sie von massgebenden Stellen der Besatzungsmacht und der deutschen Verwaltung jetzt bestätigt werden müssen. Besonders die Rede des Generals Robertson hat in vielen Stellen die Argumente verwendet, mit denen die Sozialdemokratie seit langem für eine durchgreifende Revision der Erhardt'schen Wirtschaftspolitik kämpft. (m/1/1811/2/he)

Schutz der Währungsreformierten

sp. Fünf Monate sind seit der Währungsreform vergangen. Die Zweckmässigkeit der damaligen Reform steht ausser Zweifel, zweifelhaft aber ist, ob die Auswirkungen, die zum Teil in gar nicht logischer Verbindung mit dieser Aktion auftreten, notwendig oder vermeidbar waren. Entscheidend bei der Betrachtung unserer augenblicklichen Situation ist, dass die Fragwürdigkeit unseres Papiergeldaseins vor der Reform durch eine ebenso fragwürdige soziale Neustruktur abgelöst wurde. Es handelt sich nicht allein um Preise und Löhne, sondern ebenso um die erschütternde soziale Elendsstruktur, die die neue Geld- und Wirtschaftsordnung im Gefolge hatte. Der Gegensatz Besitzende-Besitzlose, Kaufkräftige - Kaufunfähige ist in einem Masse verstärkt worden, dass man vor einem sozialen Problem steht, wie es schärfer nie bestanden hat. Dabei hat man das Gefühl, dass sich die verantwortlichen Stellen zuweilen über die sich anbahnende Tragödie gar nicht im klaren sind. Zwei Gruppen sind durch eine unüberbrückbare Kluft getrennt: die Währungsreformierten und die Währungsdeformierten. Die einen suchten und fanden die Möglichkeit, die Nachteile der Währungsreform in Vorteile umzuwandeln, während die anderen sich verzweiflungsvoll zwischen den Mühlsteinen des Lebenskampfes und der Unmöglichkeit, das Leben in seiner jetzigen Form zu meistern, zerrissen haben. Einerseits sehen die Deklassierten des Krieges kaum eine Möglichkeit, dieses Leben, das ihnen verabscheuenswert erscheint, weiter zu führen (es handelte sich um dieselben Gruppen, denen man dazu verhelfen wollte, für ihr ehrliches Geld ehrliche Ware zu kaufen), auf der anderen Seite steigen Schwarzmarkt und Kompensation als Phönix lebendiger denn je aus der Asche. Lastenausgleich und Jedermann-Aktion, so aner kennenswert sie sein mögen, erscheinen lediglich als Tropfen auf dem heißen Stein, weil sie - soweit bisher erkennbar - nicht das Gesamtproblem anpacken, sondern sich mit Teillösungen begnügen. Dagegen öffnet das Schleifenlassen der Zügel in der Wirtschaftsführung dem Schwarzhandel die schon verschlossenen Türen. Als das Preisgebäude mit lärmendem Krachen zusammenstürzte, begrub es unter seinen Trümmern den deutschen Normalverdiener.

Die Vertiefung der sozialen Kluft zwischen Re- und Deformierten scheint unüberbrückbar. Sie geht mitten durch gewisse Berufsgruppen, die früher einmal auf der "besseren Seite" standen. Während mancher Bauer z.B. heute noch in der Lage ist, seine Frau auf einer Bauernhochzeit (wie es geschehen ist) mit einem 600-Mark-Kleid protzen zu lassen (vielleicht sind es dieselben Kleider, die am Tage vor dem Generalstreik ängstlich aus den Auslagen Düsseldorf-Geschäfte verschwanden), gibt es heute schon zahlreiche Bauern, die nicht in der Lage sind, sich die notwendigen Düngemittel anzuschaffen. Buchhandlungen, die einst die bessere Literatur un-

ter dem Ladentisch verkauften, berichten über Tagesumsätze von 5 Mark, von den Angehörigen der freien Berufe ganz zu schweigen. Auf der Negativseite des Lebens ist aber vor allem der Arbeiter geblieben, der mit seinem Wochenverdienst - besonders wenn Kohle- und Kartoffelbevorratung bezahlt werden müssen - kaum das Lebensnotwendige erschwingen kann. Neben ihm steht der Flüchtling, der sich vielleicht eine neue Existenz aufgebaut hat, aber nicht kapitalkräftig genug ist, den Stürmen der "Nachreformationszeit" zu bestehen, umso mehr, als er ja nicht über Hortungsschätze verfügt, gar nicht zu reden von dem Flüchtling, der sein klägliches Dasein als Hilfsarbeiter fristet oder auf die öffentliche Wohlfahrt angewiesen ist. In einer Zeit, da Holzpreise bis um 150 Prozent steigen, muß der Ausgebombte und Flüchtling auch den letzten Rest der vagen Hoffnung, sich in absehbarer Zeit wieder menschenwürdig einzurichten, aufgeben.

Das ist ein Zustand, der nicht länger mehr ertragen werden kann. Existiert eine staatliche Gewalt, dann muß sie dem Bürger die Möglichkeit eines bescheidenen und erträglichen Lebens sichern, das nicht vom Nihilismus einer unnatürlichen Sozialstruktur belastet ist. Mit Reden über "soziale Marktwirtschaft" allein kann dieses Problem nicht mehr abgetan werden.

Vaclav Majer und die Sudetendeutschen

sp. In Paris tagte kürzlich eine Versammlung tschechischer Sozialdemokraten (Csl. soc. dem. stranav Parizi), in der Vaclav Majer, ehemals sozialdemokratischer Minister in der Gottwald-Regierung, das Referat erstattete. Er erklärte dabei u.a.:

"Die heutige Prager Regierung wirft uns vor, daß wir (das in Vorbereitung stehende tschechische Exilregierungs-Komitee) die Absicht hätten, mit den Deutschen zusammenzuarbeiten. Ich weise diese Behauptung als absolut unwahr zurück! Ausdrücklich erkläre ich hiermit, daß wir gegen jede Revision des Deutschenatschubes sind, daß wir in dieser Beziehung schon Zusagen führender englischer und französischer Politiker haben, und daß auch niemand von uns mit Jaksch zusammenzuarbeiten gedenkt".

Die Ausführungen Majers wurden mit Staunen aufgenommen. Eine Debatte war nicht vorgesehen. Es waren nur Fragen zugelassen worden; aber auch die Fragestellung schon führte zu heftigen Protesten der Versammlungsteilnehmer. Einer der Fragesteller sagte rund heraus, daß Majers Erklärung allen Rechtsgrundsätzen widerspreche und sehr wohl den Führern eines faschistischen - braunen oder roten faschistischen - Regimes, keinesfalls aber Wortführern einer sozialistischen und demokratischen Vereinigung gezieme.

(b/B.113/2/1811/hs)